

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Großoffensive gegen Maoisten bleibt vorerst aus

Maoistische Guerilla-Kämpfer in Zentral-Indien haben ihre teils spektakulären Attacken fortgesetzt. Am 6. Oktober wurde in Jharkhand ein zuvor entführter Polizei-Inspektor, Francis Induwar, geköpft. Zwei Tage später, am 8. Oktober, überfielen an die 150 Maoisten eine Polizei-Patrouille in Gadchiroli, Maharashtra, und töteten 17 Polizisten. Andere Attacken richteten sich u.a. gegen Züge und Bergbau-Projekte. Die Maoisten sind vor allem in von indigenen Völkern (Adivasis) bewohnten Landesteilen in den zentralindischen Staaten populär, wo sie sich für die Rechte der häufig von Großprojekten bedrohten Stammesbevölkerung engagieren und in den ausgedehnten Waldgebieten Rückzugsräume für ihren Guerilla-Krieg finden. In diesem Jahr sind schon über 800 Menschen (Sicherheitskräfte, Zivilisten und maoistische Kämpfer) der Gewalt zum Opfer gefallen – davon über ein Viertel in Chattisgarh, dem am stärksten betroffenen Staat. Laut Regierungsangaben hat die Rebellion elf der 28 Staaten Indiens mehr oder weniger stark erfasst; die Zahl der maoistischen Kämpfer wird auf 20 000 geschätzt, die ihrer aktiven Unterstützer auf mindestens 50 000. Vor allem der Zusammenschluss mehrerer militanter Gruppen 2004 hat die Schlagkraft der Maoisten verstärkt. Die Zentralregierung, die die seit Juni offiziell verbotenen Maoisten wiederholt als größte interne Bedrohung eingestuft hat, ist bemüht, die Reaktion der oft schlecht ausgerüsteten und demotivierten Sicherheitskräfte zu professionalisieren. Innenminister Chidambaram hat versprochen, dass die von den Rebellen „befreiten“ Gebiete innerhalb von zwei bis drei Jahren wieder unter die Kontrolle des Staates gebracht werden sollen. Medienberichten zufolge wurden Pläne für eine massive Offensive gegen die in Indien auch als „Naxaliten“ bekannten Linksextremisten ausgearbeitet, bei der mehr als 70 000 paramilitärische Truppen ab November in zunächst sechs Distrikten Zentralindiens die Rebellion unterdrücken sollten. Diese sogenannte *Operation Green Hunt* wird aber offenbar vorerst nicht stattfinden. Bürgerrechtler wie Terrorismus-Experten hatten Bedenken geäußert, dass ein derart aggressives Vorgehen viele Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern könnte und die Rebellen ohnehin nur zu einem taktischen Rückzug in andere Regionen verleiten würde. Innenminister Chidambaram bezeichnete *Operation Green Hunt* gar gänzlich als eine „Erfindung der

Medien“ und erklärte sich zur Überprüfung aller Bergbau-Projekte bereit, sollten die Naxaliten der Gewalt abschwören.

Maharashtra-Wahlen bestätigen Kongress-Regierung

Im nach Bevölkerung zweitgrößten und wirtschaftlich mit Abstand bedeutendsten indischen Bundesstaat Maharashtra hat die Kongress-Partei die Landtagswahlen Mitte Oktober klar gewonnen. Gemeinsam mit seinem Koalitionspartner, der *Nationalist Congress Party* (NCP), errang der *Congress* die Hälfte der Mandate. Die hindu-nationalistische Allianz aus *Bharatiya Janata Party* (BJP) und *Shiv Sena* musste sich dagegen mit einem knappen Drittel der Sitze begnügen. Ashok Chavan, der nach den Anschlägen in Mumbai 2008 zum Ministerpräsidenten aufgestiegen war, bleibt Regierungschef. Für einiges Aufsehen sorgte, dass R.R. Patil (NCP), der nach den Anschlägen als Innenminister die Verantwortung übernehmen und zurücktreten musste, erneut Innenminister wurde. Auch in zwei weiteren Bundesstaaten, die zeitgleich wählten, triumphierte der *Congress*: Im nordöstlichen Arunachal Pradesh errang er einen Erdrutsch-Sieg, während er in Haryana mit Abstand stärkste Partei wurde. Dort blieb Ministerpräsident Bhupinder Singh Hooda ebenfalls im Amt.

Krise in der BJP hält an

Auch ein halbes Jahr nach ihrer Wahlniederlage auf Bundesebene hat sich die größte indische Oppositionspartei, die hindu-nationalistische BJP, nicht erholt. Besonders parteiinterne Personal-Querelen haben die BJP in Atem gehalten. In Karnataka haben sie die Regierungsarbeit wochenlang lahm gelegt. Der ehemalige Außenminister Jaswant Singh wurde im August aus der Partei ausgeschlossen, nachdem er ein viel diskutiertes Buch über den Führer der Muslim-Liga und Gründer Pakistans, Muhammad Ali Jinnah, veröffentlicht hatte. Jaswant Singh zeichnet darin ein differenziertes Bild Jinnahs und widerspricht der in Indien häufig vertretenen These, dass Jinnah die Hauptschuld an der Teilung des Subkontinents trage; Singh weist dagegen kritisch auf die Rolle von Indiens erstem Premierminister Jawaharlal Nehru und dessen Innenminister Patel hin. Singhs Buch wurde im BJP-regierten Gujarat sogar verboten. Die BJP hat bisher weder eine

klare personelle Nachfolgeregelung für den nach wie vor wichtigsten Politiker, den greisen Fraktionschef L.K. Advani, gefunden noch klären können, in welche Richtung sie sich politisch wenden soll: Wird ein eher gemäßigter Kurs eingeschlagen, wie ihn etwa Jaswant Singh oder auch der Ex-Premier Vajpayee vertreten haben, oder bekommen anti-muslimische Hardliner wie der Ministerpräsident Gujarats, Narendra Modi, künftig das Sagen?

Ayodhya-Untersuchungsbericht belastet BJP-Führung

Der Untersuchungsbericht der so genannten "Liberhan-Kommission" hat führende BJP-Politiker für die Zerstörung der historischen Babri-Moschee im nordindischen Ayodhya am 6. Dezember 1992 verantwortlich gemacht. In den darauf folgenden landesweiten Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen waren über 2000 Menschen, vor allem Muslime, getötet worden. Die im 16. Jahrhundert unter Indiens erstem Moghul-Kaiser Babur erbaute Moschee war von fanatischen Hindu-Nationalisten unter den Augen von BJP-Führern zerstört wurden. Die BJP und andere hindu-nationalistische Organisationen behaupten, dass genau an dieser Stelle der Gott Ram geboren sei und wollen deswegen einen Tempel für ihn dort errichten. Mit der Kampagne für den Ram-Tempel hatte Lal Krishna Advani in den frühen Neunzigerjahren die BJP als zweitgrößte politische Kraft in Indien hinter dem *Congress* etabliert. Der mehr als 1000-seitige unabhängige Untersuchungs-Bericht von Richter Manmohan Singh Liberhan kommt nun zu dem Schluss, dass die Hindu-Nationalisten die Zerstörung der Babri-Moschee gezielt betrieben hätten. Der Bericht belastet insbesondere den damaligen BJP-Ministerpräsidenten von Uttar Pradesh, aber auch die damalige Parteispitze mit Advani, Murli Manohar Joshi und "pseudo-Moderaten" (so Liberhan) wie Atal Behari Vajpayee. Die BJP-Führung hat immer behauptet, dass die Moschee "spontan" von übereifrigen Aktivisten zerstört worden sei und bestreitet weiterhin, die Aktion geplant zu haben. Der Liberhan-Bericht entlastet dagegen die damalige Zentral-Regierung unter P.V. Narasimha Rao (*Congress*). Eine Bestrafung der Verantwortlichen ist nicht vorgesehen, die Regierung plant jedoch gesetzliche Regelungen, um den Missbrauch von Religion für politische Zwecke in Zukunft zu verhindern. Liberhan hatte fast 17 Jahre an seinem Bericht gearbeitet und ihn im Juni an die Regierung abgeliefert. Ursprünglich sollte er erst im Dezember veröffentlicht werden, aber nachdem er an die Presse durchgesickert war, legte ihn die Regierung dem Parlament vor.

Angespannte Beziehungen zu China

Die Beziehungen zum großen Nachbarn China sind in den letzten Monaten von neuen Spannungen belastet worden. Besonders der Status von Arunachal Pradesh stand dabei im Mittelpunkt. China setzte im August bei der *Asian Development Bank* (ADB) durch, dass Arunachal nicht als Teil Indiens anerkannt wird, wodurch auch alle Aktivitäten der ADB in Arunachal zum Erliegen kommen. Peking protestierte ferner aufs Schärfste gegen Besuche des indischen Ministerpräsidenten Manmohan Singh in Arunachal Pradesh während des Landtags-Wahlkampfes dort sowie gegen einen Besuch des Dalai Lama im November. Tausende jubelten dem tibetischen geistlichen Oberhaupt dort zu. Arunachal und besonders der Grenzort Tawang mit seinem tibetischen Kloster sind von großer Bedeutung für den Dalai Lama, der bei seiner Flucht aus China hier die Grenze überquerte. Nach wie vor leben viele seine Anhänger in der Region, die er in den letzten Jahrzehnten auch mehrfach besuchte. Indiens Anspruch auf Arunachal beruht auf dem Abtritt des Gebiets durch Tibet an das britische Empire, während Peking argumentiert, dass Tibet nie souverän gewesen und der Abtritt somit nicht rechtskräftig sei. Mehrere Runden chinesisch-indischer Verhandlungen über diesen Grenzkonflikt sowie über den in Kaschmir (wo Neu-Delhi gegen den Abtritt der Region Aksai Chin durch Pakistan an China opponiert) sind ohne greifbare Erfolge geblieben. Es ist aber auch in anderen Bereichen zu Spannungen gekommen: Indien hat die Visa-Praxis für chinesische Arbeitskräfte verschärft, so dass nach chinesischen Presseberichten im November Tausende von chinesischen Arbeitern an Infrastruktur-Projekten in Indien Hals über Kopf das Land verlassen mussten. In Indien hatte es für Unmut gesorgt, dass chinesische Firmen in Zeiten gestiegener Arbeitslosigkeit an die 25000 chinesische Arbeiter nach Indien gebracht hatten. Die Regierung warf den chinesischen Unternehmen vor, Geschäfts-Visa dafür zu missbrauchen und kündigte an, dass in Zukunft nur spezialisierte Fachkräfte aus China mit entsprechenden Arbeits-Visa toleriert würden.

Ministerpräsident tödlich verunglückt

Am 2. September starb der Ministerpräsident von Andhra Pradesh, Y.S. Rajashekhara Reddy, als sein Hubschrauber abstürzte. YSR, wie er meist genannt wurde, wurde 60 Jahre alt. Der *Congress*-Politiker hatte 2004 überraschend Chandrababu Naidu von der Regionalpartei Telugu Desam besiegt und 2009 einen erneuten Wahlsieg eingefahren. Sein Nachfolger ist Konijeti Rosaiah.